



Generationswechsel erfolgreich gestalten - Unternehmensnachfolge muss weiblicher werden

Nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn stehen zwischen 2010 und 2014 ca. 110.000 Unternehmen in Deutschland vor der Frage: „Wer übernimmt meine Firma?“

In Deutschland stellen gut qualifizierte, führungsstarke Frauen ein wichtiges Potential für die Unternehmensnachfolge dar. Zwar wird rund jedes dritte Unternehmen von einer Frau geführt, ihr Anteil bei der Unternehmensnachfolge liegt aber nur bei max. 23 %. Unter dem Druck der demografischen Entwicklung muss hier das Potential von Frauen viel stärker genutzt werden. Nur so können Menschen gehalten und die Wirtschaft gestärkt werden.

Unternehmensnachfolge ist dabei eine Herausforderung für zwei Seiten. Sich darauf vorzubereiten, in Ruhe die Positionen abzugleichen, die notwendigen Schritte vorzubereiten und umzusetzen – das erfordert eine gute und langfristige Planung.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Verbesserung der Möglichkeiten der Unternehmensnachfolge vor allem für Frauen einzusetzen. Dies kann z. B. in Form eines speziellen Förderprogramms zur weiblichen Unternehmensnachfolge erfolgen.



Gleiche Rentenpunkte bei den Erziehungszeiten in den alten und neuen Bundesländern

22 Jahre nach der Wende gibt es in Deutschland noch kein einheitliches Rentenrecht. Menschen in Ost und West erhalten für ihre erworbenen Rentenpunkte unterschiedliche Rente. So ergibt ein Rentenpunkt in den alten Bundesländern z.Z. 27 € und in den neuen Bundesländern 24 €. Auch die SPD hat noch keine konkreten, einheitlichen Vorschläge zur Angleichung vorgelegt. Aber auch die pauschal bewerteten Zeiten für die Rente, wie die Kindererziehungs- und Pflegezeiten werden in den beiden Rentenkreisen unterschiedlich bewertet. So erwirbt der erziehende Elternteil für ein heute geborenes Kind in den alten Bundesländern eine Rentenanwartschaft von rund 82 €, in den neuen Ländern sind es nur 73 €.

Wir fordern den SPD Parteivorstand auf, schnellstmöglich einen Vorschlag zur Angleichung der Renten in Ost und West zu machen und sich sofort für die Vereinheitlichung der pauschal bewerteten Zeiten, wie die Kindererziehungs- und Pflegezeiten einzusetzen.



Pflegebedürftige und Pflegende besser stellen

In unserer immer älter werdenden Gesellschaft rückt Pflege immer weiter in den Vordergrund der Daseinsvorsorge. Alle älteren Menschen möchten so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung bleiben. Größtenteils sind es Frauen, die als Pflegenden Angehörige eine riesige gesellschaftliche Aufgabe erledigen, selbst aber sehr schlecht abgesichert sind. Insbesondere werden kaum Rentenanwartschaften gebildet. Hier müssen endlich bessere politische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Demenzkranke, darunter viele Frauen sind in der Pflege nicht genügend abgesichert. Auch mit dem neuen Entwurf der Regierung der Schwarz- Gelben-Regierung fallen die meisten Demenzkranken bei der Begutachtung durch das Raster. Insbesondere Altersverwirrte Menschen werden nicht erfasst, weil nur körperliche Einschränkungen für die Pflegebedürftigkeit ausschlaggebend sind.

Deshalb fordern wir

- eine bessere Absicherung von Pflegenden, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Pflegezeiten müssen in der Rentenversicherung mit den Zeiten bei der Kindererziehung gleichgestellt werden.
- ein neues System der Pflegestufen, das auch der eingeschränkten Alltagskompetenz von Demenzkranken und Alterverwirrten gerecht wird.